



## **Innenausschuss**

### **7. Sitzung (öffentlich)**

6. Dezember 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:30 Uhr

13:05 Uhr bis 13:45 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Rot-grüne Stellenabbaupläne im Polizeibereich?** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) **3**  
Vorlage 16/381  
– Fortsetzung der Aussprache vom 22. November 2012 –  
Diskussion
  
- 2 Vertraulicher Lagebericht des Bundesinnenministers enthält Angaben zum Fall Markus B.** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; s. Anlage) **5**  
Vorlage 16/395  
Diskussion

- 3 Wann nimmt die Arbeitsgruppe „Prävention der Internet- und Computerkriminalität“ ihre Arbeit auf?** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; s. Anlage) **7**
- Vorlage 16/388
- (keine Diskussion)
- 4 Wer übernimmt die Kosten für Schäden im Zusammenhang mit Bombensprengungen** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; s. Anlage) **8**
- Vorlage 16/389
- Diskussion
- 5 Eröffnung eines „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums“ (GETZ)** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; s. Anlage) **9**
- Vorlage 16/382
- Diskussion
- 6 Verschiedenes** **11**
- hier: **Verfahrensabsprache zum Gesetzentwurf zum Vollzug der Sicherungsverwahrung – Drucksache 16/1435 –**
- Der Ausschuss beschließt, sich an der vom federführenden Rechtsausschuss geplanten Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.
- 7 Neue Erkenntnisse zum NSU-Nagelbombenattentat im Jahr 2004 in der Keupstraße in Köln-Mülheim** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) **12**
- Fortsetzung der Aussprache vom 22. November 2012 –
- Diskussion

## 5 Eröffnung eines „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums“ (GETZ) (TOP beantragt von der Piratenfraktion; s. Anlage)

Vorlage 16/382

**Frank Herrmann (PIRATEN)** hofft auf eine Klärung der laut der Vorlage einer Beteiligung des Landes NRW am GETZ entgegenstehenden offenen, in der Vorlage aufgelisteten Fragen – „Festlegung der Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte“, „Status und konkrete Ausgestaltung der Länderbeteiligung“, „Wahrung des Trennungsgebotes“, „Regelung der Kontrolle und politischen Verantwortung“ und „Ausgestaltung der konkreten Abstimmungs- und Arbeitsprozesse“, durch die Innenminister von Bund und Ländern auf der vom 5. bis 7. Dezember stattfindenden IMK.

Im Moment tue sich ein Widerspruch auf: Nordrhein-Westfalen beteilige sich, wie gesagt, nicht am GETZ, speise gleichzeitig aber im Rahmen der Änderung des Polizeigesetzes Daten von Bürgern aus Nordrhein-Westfalen in eine Datei ein, deren weitere Verwendung NRW derzeit aber nicht bestimmen könne.

**StS Dr. Hans-Ulrich Krüger (MIK)** schildert den aktuellen Sachstand: Aufgrund des schriftlich berichteten Sachverhalts mit Stand 16. November – Vorlage 16/382 – habe NRW diesen TOP zur Innenministerkonferenz in Rostock/Warnemünde angemeldet. Die Konzeption für das GETZ werde heute in den Vorbesprechungen der A- und B-Länder für das Plenum am morgigen Tage diskutiert.

Parallel dazu hätten sich die Staatssekretäre und Staatsräte im Zuge ihrer Vorkonferenz am 19./20. November dieses Themas angenommen und festgestellt, dass das vom BMI eingerichtete Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum der weiteren Ausgestaltung bedürfe, und die Vorsitzenden der Arbeitskreise II und IV gebeten, für die gerade laufende Innenministerkonferenz entsprechende Beschlussvorschläge zu erarbeiten. Dies sei geschehen.

Ohne dem Gang der Beratungen der A- und B-Länder und des Plenums vorgreifen zu wollen, könnten als Eckpunkte der Diskussion festgehalten werden, dass die erfolgreichen Elemente der bisherigen Zentren GAR – „Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus“ – und GTAZ – „Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum“ – in ein gemeinsames Zentrum einfließen könnten und müssten, dass alle Phänomenbereiche zum Gegenstand der Aufgaben dieses Zentrum zählen würden und strategische Entscheidungen von Mitgliedern diverserer Arbeitskreise etc. zu begleiten seien.

Verfrüht wäre es, sich schon heute zu erst morgen vorliegenden Ergebnissen zu positionieren. Zu einem späteren Zeitpunkt sollte über das Thema noch einmal qualifiziert und mit einem Bericht auf der Basis der Beschlüsse der gerade stattfindenden IMK in diesem Ausschuss debattiert werden.

**Verena Schäffer (GRÜNE)** regt an, diese Aussprache auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung zu setzen.

Sie begrüße wegen nicht geklärter, grundlegender Fragen den Verzicht Nordrhein-Westfalens darauf, sich gleich beim Start an diesem Schnellschuss zu beteiligen.

Die Sorge, dass mit der Integration des GAR in das GETZ der Rechtsextremismus wieder aus dem Fokus gerate, teile sie. Dies dürfe auf keinen Fall passieren.

**Werner Lohn (CDU)** hält es mit Blick auf die Erfahrungen mit der NSU für angezeigt, keine Zeit zu verlieren, sprich: einen vernünftigen deutschlandweiten Informationsaustausch zu bewerkstelligen. Von daher nehme er mit Freude die Worte des Staatssekretärs zur Kenntnis, die darauf schließen ließen, dass Nordrhein-Westfalen inzwischen wohl von der grundsätzlich ablehnenden Haltung zu einer konstruktiven Überwechsele und am Aufbau des neuen Zentrums mitwirken wolle. Die Bürger dürften mit Recht auch ein Arbeiten an der Sache zur Abwehr weiterer Gefahren erwarten.

Er unterstütze den Vorschlag von Verena Schäffer, das Thema im Januar erneut aufzugreifen.

Dem stimmt **Frank Herrmann (PIRATEN)** zu.

Er gehe davon aus, dass die Innenminister auf ihrer laufenden Konferenz zu einer guten Regelung kämen. Seit Bekanntwerden der von Bundesinnenminister Friedrich vorgenommenen Umwandlung fühle er sich in einem rechtlichen Vakuum.

**Hans-Willi Körfges (SPD)** weist darauf hin, dass die nach Aufdeckung der schrecklichen Taten der NSU von Nordrhein-Westfalen ausgesprochene Anregung, den Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus zentral zu bekämpfen sowie dazu Datenaustausch und Datentransfer zu verbessern, auf einer gemeinsamen Analyse beruhe.

Er erachtete es als überaus schädlich, würden jetzt wieder alle Phänomene gleichrangig behandelt, ohne jeweils die Gefährdungssituation zu betrachten. Eine kurzfristige Lösung sehe auch er als unbedingt notwendig an, aber alles miteinander zu vermengen und unter Umständen wesentlich weniger aktuelle und akute Gefahren nur aus Gründen politischer Standpunktswahrung mit in den Fokus zu nehmen, empfinde er als eher kontraproduktiv. – Minister Jäger habe also konsequent und richtig gehandelt.

**StS Dr. Hans-Ulrich Krüger (MIK)** stellt ein Vakuum in Abrede. Vielmehr würden die Themenbereiche GAR und GETZ ineinander übergeleitet. Die Vorbehalte nicht nur Nordrhein-Westfalens, sondern zahlreicher Bundesländer gegenüber dem GETZ in der vom BMI präsentierten Form hätten nicht das Erfordernis in der Sache betroffen, sondern die Notwendigkeit des Diskutierens und Findens von Lösungen auf Augenhöhe. Er hoffe, dass die Innenminister von Bund und Ländern morgen den Versuch unternähmen, ein in sich konsistentes Konstrukt zu entwickeln.



Frank Herrmann • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

Frank Herrmann  
Obmann Innenausschuss

Herrn  
Vorsitzenden des Innenausschusses  
Daniel Sieveke MdL  
- im Hause -

Telefon: (0211) 884-4606  
Fax: (0211) 884-3701  
frank.herrmann@landtag.nrw.de

12.11.2012

*nachrichtlich: Herrn Norbert Krause,*

*Ausschussassistent*

## **Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung des Innenausschusses am 22.12.2012**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Piratenfraktion beantrage ich für die o. g. Sitzung folgende Tagesordnungspunkte:

### **1. Aktualisierung der Vorlage 16/330**

Wir bitten um Aktualisierung des Berichts „Derzeitige Situation in den nordrhein-westfälischen Aufnahmeeinrichtungen“ mit den aktuell vorhandenen Daten.

### **2. Eröffnung eines „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“ (GETZ)**

Am Freitag, dem 09.11.2012, kündigte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich an, am Donnerstag, den 15.11. das „Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“ (GETZ) zu eröffnen. Die Innenminister der Länder hat dieser kurzfristige Alleingang des Bundesinnenministers anscheinend überrascht. Laut Presseberichten bittet NRW-Innenminister Ralf Jäger Friedrich um eine Verschiebung der Eröffnung, da die Kompetenzen und Zuständigkeiten des Zentrums überhaupt noch nicht geregelt seien.

Das GETZ soll dem Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus übergeordnet sein und die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen den Behörden von Bund und Ländern koordinieren.

Zusätzlich zur Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus soll das GETZ Informationen über Linksextremismus, Ausländerkriminalität und Spionage bündeln.

Die Landesregierung wird gebeten, dem Ausschuss im Wege eines mündlichen und schriftlichen Berichts darzulegen, in welchem Verhältnis das „Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“ (GETZ) zum bisherigen „Gemeinsamen Abwehrzentrum Rechtsextremismus“

PIRATENFRAKTION  
Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
www.piratenfraktion-nrw.de

(GAR) steht. Welche Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sind dem GETZ zugewiesen? Welche Vorteile und/oder Nachteile sieht die Landesregierung in der Schaffung dieser Dachorganisation? Inwieweit wären Zugriff und Umgang mit der Rechtsextremismus-Datei (RED) von der Neustrukturierung betroffen?

Mit freundlichen Grüßen

Frank Herrmann